



Zur Gründung einer grün - alternativen Partei

In forum Nr. 61 vom 29.01.1983 hatte unser Mitarbeiter Michel Pauly in einem kritischen Beitrag den Versuch unternommen, sich mit den Gründungsbestrebungen und Entwicklungschancen einer neuen, "grün-alternativen" Partei auseinanderzusetzen. (Titel: "Hamburger Verhältnisse" bald in Luxemburg?) In unserer letzten Nummer veröffentlichten wir daraufhin den 1. Teil der Antwort von Jean Huss, einer der Initiatoren der neuen Partei. Anschliessend nun der 2. und letzte Teil dieser Antwort (d.Red.).

Die "Grün-Alternativen" und die andern Parteien.

Kommen wir der Klarheit halber noch einmal auf unseren Ausgangspunkt zurück! Was wird geschehen, wenn jetzt nichts geschieht? Wenn die wirtschaftlichen Entscheidungen weiterhin in den Chefetagen der multinationalen Bank- und Industriekonzerne getroffen werden, wenn die Parteien des bürgerlichen Blocks (christdemokratische und liberale unter zeitweiliger Einbeziehung der Sozialdemokratie) weiterhin alle Machthebel in die gleiche Richtung in Bewegung setzen, wenn das bestehende Protest - Oppositions - und Alternativpotential weiterhin so dogmatisch fixiert und zerstritten und so punktuell beschränkt und unorganisiert auf die ins Haus stehenden Bedrohungen reagiert? Ohne auf düstere Endzeitvisionen zurückgreifen zu wollen, wir müssen uns dennoch so langsam bewusst werden, dass wir und mit uns die ganze Menschheit, vor Problemen und Gefahren eines solchen Ausmasses stehen, dass nur noch eine möglichst schnelle und radikale Umkehr in Denken und politischem Handeln unser aller Überleben und eine menschenwürdige Zukunft zu sichern vermag. Die Bedrohungen der nächsten Jahre noch einmal in Stichworten: ökologische Katastrophen (man lese "Global 2000"), soziale Katastrophen (dramatische Verschärfung der Weltwirtschaftskrisen, Bröckeln des Weltwährungssystems, und als Folge davon Millionenheere von Arbeitslosen und hunderte Millionen von Hungertoten in der "3. Welt"), zunehmende Macht- und Verteilungskämpfe auf Weltebene, verbunden mit einer drastischen Zuspitzung der regionalen wie globalen militärischen Konflikte (Atomkriegsgefahr), wachsende Tendenzen hin zum allgegenwärtigen, autoritären Überwachungsstaat sowie steigende Atomisierung und Entfremdung des Einzelnen in bürokratisch organisierten und sinnentleerten Tätigkeiten. Andere Gefährdungen und Krisenentwicklungen liessen sich mühelos zu den eben erwähnten hinzufügen.

Statt nun in einem vernünftigen Sinn auf die gewachsenen Probleme und Gefahren zu reagieren, statt die bisherige Entwicklung von Wirtschaft und Politik, die all diese Bedrohungen und Ge-

fahren erst heraufbeschworen hat, infragezustellen, reagieren die Manager und Technokraten der Macht mit einer verzweifelten Flucht nach vorn. Um wieder steigende Wachstumsraten und eine profitablere Kapitalverwertung durchzusetzen, soll der Manövrierraum der Konzerne erweitert, das "sozialpolitische Umfeld" im Interesse der Wirtschaft "bereinigt" werden (massiver Sozialabbau). Die Folgen dieser "Reaganomics", dieses "Thatcherismus" lassen sich heute schon in den betroffenen Industriestaaten wie in zahllosen Ländern der 3. Welt (Musterbeispiel Chile) erkennen, und alle oben angeführten Gefahrenpotentiale werden sich dadurch noch dramatisch vergrössern. Wer heute noch nicht begriffen hat oder nicht begreifen will, dass es buchstäblich 5 vor 12 ist, dass der "Countdown" zum Überleben längst begonnen hat, dass wir ohne drastische Wende schon mittelfristig einem dramatischen Ende (Okokatastrophe, Atomkrieg usw.) entgegensteuern, dem ist leider (wahrscheinlich) nicht mehr zu helfen!

Wer diese Problemstellung begriffen hat?

Keineswegs scheinbar die Herren in den Chefetagen der Wirtschaft, genausowenig die christdemokratischen, liberalen oder sozialdemokratischen Macher, die weiterhin blind, wie Hamster in der Treitmühle, Wirtschaftswachstum und Profitraten hinterherlaufen, um das System, die bestehende Wirtschaftsordnung über die Krise hinwegzutreten zu können.

Sozialismus oder Barbarei, so hatte einmal eine gewisse Rosa Luxemburg die Alternative beschrieben, vor der die Menschen stünden. Die faschistische Barbarei kam, der Sozialismus nicht, jedenfalls nicht das, was sich die kritische Marxistin darunter vorgestellt hatte, sondern zunächst und für lange Jahrzehnte Sozialdemokratie und Stalinismus. Die Sozialdemokratie kapitulierte vor den wirtschaftlichen Machtstrukturen, arrangierte sich allmählich, auf der Basis von sozialen Zugeständnissen, mit dem Kapitalismus, der Stalinismus führte nach der erfolgreich durchgepeitschten Industrialisierung zu den heutigen "realsozialistischen" Regimen, in denen sich eine Rosa Luxemburg mit Sicherheit nicht wohl fühlen würde. Beide Ideologien, die der Sozialdemokratie wie die des "realen Sozialismus", beruhten und beruhen auch heute noch, parallel übrigens zur liberalen Weltanschauung, auf einem ebenso unkritischen wie ungebrochenen Fortschrittsglauben, auf dem Dogma der "freien Entfaltung der Produktivkräfte". Eine ständig wachsende Wirtschaft sollte allen mehr zur Verteilung bringen (den einen natürlich halt mehr!), sollte die von den Gewerkschaften geforderten Reformen finanzieren. Die westeuropäischen KP-en unterschieden sich von der Sozialdemokratie allenfalls durch die härtere, kompromisslosere Vertretung von Reformforderungen,



stellten aber auch den von der bürgerlichen Seite diktierten Rahmen (kapitalistisches Wirtschaftswachstum = soziale Zugeständnisse + Reformen) in der Praxis kaum infrage. Es lebte sich halt lange Jahre hinweg (bis Mitte der 70-er Jahre) recht gut auf Kosten der natürlichen Umwelt, der 3. Welt und auf Kosten kommender Generationen. Da nun aber der Kapitalismus in den Industriestaaten, der Imperialismus im allgemeinen in eine schwere Krise geraten ist, steckt auch der Reformismus in einer unlösbaren Krise, und überall dort, wo sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Parteien (siehe Frankreich) "Regierungsverantwortung" übernehmen, sehen sie sich -da sie die Rahmenbedingungen des Wirtschaftssystems nicht fundamental infragestellen- gezwungen, dieselbe Austeritätspolitik zu betreiben wie konservativ-liberale Regierungen. In diesem Sinne hat denn auch eine Colette Flesch nicht ganz Unrecht, wenn sie, in bezug auf die LSAP, meint, feststellen zu müssen: "Le roi est nu!" Bloss mit dem Unterschied, dass die "Nacktheit" nicht nur die LSAP oder die Arbeiterparteien, sondern in einem viel stärkeren Ausmass auch die bürgerlichen Parteien selbst betrifft. Nach diesen einleitenden Betrachtungen, die den allgemeinen Rahmen einer "grün-alternativen "Kritik an dem bestehenden System, an der bisherigen Politik der traditionellen Arbeiterparteien umreissen sollten, kurz noch einige Bemerkungen zu den hiesigen Parteien oder Organisationen der Arbeiterbewegung. Kritische Bemerkungen in Stichworten, die belegen sollen, warum mir die Politik dieser Parteien keine wirkliche Alternative zu sein scheint, die auch belegen sollen, warum eine neue "grün-alternative Partei" vonnöten ist.

a) die LSAP

Sie ist fundamental im System integriert und will nicht heraus, erstrebt keine Alternativen,

die den bürgerlichen Rahmen überschreiten würden. Versucht nun nach 20 Jahren des "Reformierens" und "Strickens am Netz des Sozialstaats", ihren Anhängern klarzumachen, dass es jetzt halt nicht mehr weitergehe, dass alles halt Schicksal sei, dass man jetzt bereit sein müsse, den "Riemen wieder enger zu schnallen". Die LSAP in einer kommenden Regierung mit der CSV (oder DP) wird die gleiche alternativlose Austeritätspolitik betreiben wie die aktuelle Regierung. Die Austerität wird, wie der Finanzexperte der LSAP, J.F. Poos, so lustig definierte, allenfalls "offensiver" sein.

b) der PSI

Der PSI-Präsident und Abgeordnete Jean Gremling vertrat in den vergangenen Monaten und Jahren insgesamt fortschrittliche Positionen. Die Kritik blieb aber meistens rein punktuell und defensiv orientiert, das Politikmodell blieb auf parlamentarische Anfragen und Forderungen beschränkt. Der PSI verfügt bis dato über kein globales, alternatives Wirtschafts- und Politikkonzept, und auch der Hinweis auf die Korruption der 3 grossen Parteien vermag das Fehlen eigener, globaler Alternativen nicht zu übertünchen. Der PSI als Partei überhaupt überlebt im Moment nur dank der parlamentarischen Arbeit seines Präsidenten.

c) die LCR

Vertrat in den vergangenen Jahren radikale sozialpolitische Kampfforderungen (35-Stundenwoche, Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle usw.), kam aber in den meisten Fällen nicht über allgemeine Slogans und Parolen hinaus. Was denn präziser mit einer verstaatlichten Stahlindustrie anzufangen sei, was mit den übrigen Sektoren der Wirtschaft zu geschehen habe, welches Wachstum welcher Sektoren auch in einer sozialistischen Übergangsphase zu verantworten wäre, darüber schweigt das LCR-Programm sich aus. Der Hinweis, dass diese Probleme nur in einem internationalen Kampffzusammenhang zu lösen seien und dass die Arbeiterklasse nach ihrer revolutionären Befreiung die Dinge schon selbst in die Hand nehmen würde, verwischt zum mindestens teilweise die Fragen, um die es heute wirklich geht, verschleiert auch die aktuelle Unfähigkeit der LCR, über verbalradikale Formulierungen hinaus konkrete und sachbezogene Lösungen der Probleme anzugehen. Dass die politische Machtfrage dabei natürlich eine zentrale Rolle spielt, steht ausser Zweifel, ob aber das Organisationsmodell der LCR (leninistisches Avantgardekonzept) mitsamt seinen inhärenten Bürokratisierungstendenzen dazu geeignet ist, eine neue, basisdemokratisch und möglichst dezentral funktionierende Gesellschaft vorbereitend in die Wege zu leiten, daran wage ich allerdings zu zweifeln. Und dass heute die Frage der Ökologie kein irgendwie gearteter "Nebenwiderspruch" mehr ist, sondern sich zu einer für alle zentralen Überlebensfrage entwickelt hat, das allerdings scheinen auch LCR-Genossen noch lernen zu müssen.

d) die KPL

Beansprucht denselben Avantgarde-Anspruch im Namen der Arbeiterklasse. War bisher sehr stark in der sozialpolitischen Kritik an der Tripartite, an der Austeritätspolitik, kritisierte mangelnden Umweltschutz, stellte Überlegungen an zur Nationalisierung des Arbed-Konzerns und zur Stahlverarbeitung. Die KPL besitzt aber bisher kein umfassendes, Ökonomie und Ökologie integrierendes Wirtschaftskonzept. Kritik an der "friedlichen Nutzung der Kernenergie" oder an der technokratischen Wachstumsideologie insgesamt werden als naive Rückwärtsgewandtheit betrachtet, obschon diese Probleme gerade auch in den befreundeten

Staaten des "realen Sozialismus" absolut ungelöst sind. (siehe z.B. die rezente Umweltzerstörung in der CSSR!) Die bedingungslose, unkritische Solidarität mit diesen Staaten lassen die KPL in den Augen vieler Menschen jedenfalls nicht gerade glaubwürdig erscheinen.

Schlussfolgerung:

Aus all den weiter oben angestellten Analysen, wie aus der Kritik der traditionellen Parteien der Arbeiterbewegung ergibt sich für mich persönlich und für immer mehr Zeitgenossen die Notwendigkeit, auch auf parteipolitischem und (gege-

benenfalls) parlamentarischem Plan eine Alternative zu erarbeiten, die die bestehenden alternativen Projektgruppen in einem globaleren Sinne ergänzt. Ob und inwieweit es der neuen "grün-alternativen" Partei gelingen wird, in einem basis-demokratischen Aktions- und Diskussionsprozess die Fragen von Wachstum-Krise und Umwelt erfolgreich anzugehen, dürften die nächsten Monate schon im Ansatz unter Beweis stellen. Die ersten offiziellen Termine stehen, an Programmen wird gearbeitet, Arbeitsgruppen diskutieren. Und um Pfingsten wird voraussichtlich offiziell gegründet!

Jean HUSS